

deutsche Regierung der französischen Regierung die Wahl Hindenburghs anzeigen werde, sei von dieser nur eine Bestätigung als Antwort zu erwarten — kein Wort mehr.

Amerika.

New York, 28. April.
Die "New York Times" erläutert aus Washington von verantwortlicher Seite: Die Regierung betrachte die deutschen Wahlen keineswegs verschieden von ähnlichen Wahlen in anderen Ländern. Die Haltung der Regierung Hindenburgh gegenüber werde dieselbe sein wie gegenüber einem neuen Oberhaupt eines unabhängigen Staates. Amtliche Kreise betonen, daß die deutsche Wahl eine Angelegenheit sei.

an der die Regierung offiziell nicht interessiert sei. Es wurde angebaut, daß ein offizieller Kommentar unpassend und diplomatisch unangebracht wäre. Im Staatsdepartement wurde weiter angebaut, daß das Departement wisse von keinen Entwicklungen in Deutschland, die irgendwelche Änderungen in der bisherigen Haltung des Departements bezüglich der Frage etwaiger Anleihen rechtfertigen würden.

Washington, 28. April.

Die "New York Times" berichtet, daß der Schriftsteller Mellon erklärt, die Wahl Hindenburghs bedeute keinen Wechsel in der Politik und gebe daher zu keinen Verstärkungen Anlaß. Die Wahl Hindenburghs bedeute eine Entwicklung in konserватiver Richtung.

Wie "Herald Tribune" meldet, ist man allgemein der Ansicht, daß die Äußerungen Mellons auch der Ansicht des Präsidenten Goebbels entsprechen. Diese Ansicht kommt dahin, zusammengefaßt werden, daß kein Wechsel in dem Wirtschaftspolitik stattfinde, daß der Dawesplan ausgeführt werde, daß die Wahl Hindenburghs nicht eine Anerkennung des militärischen Geistes, sondern das Ergebnis der Entwicklung und ein Ausdruck konserватiver Gesinnung sei.

Eine Malpan-Nede.

New York, 29. April.
Der deutsche Botschafter Freiherr von Malpan nahm gestern an einem Frühstück im Bankierclub teil, wo er in einem ehemaligen Kreise der belasteten Bankiers wärmt Aufnahme fand. Die von Freiherrn v. Malpan für diese Gelegenheit gehätschelte gesammelten Ausführungen über die Bedeutung der Reichspräsidentenwahl trugen weiter wesentlich zur

Befestigung des Unbehagens

bei, daß in den einflußreichen Kreisen beim ersten Eindruck des Wahlgebiets entstanden war. Unter den Anwesenden lag man den Vorhängen des Direktors der Guaranty-Tru-Company, Sabine, den Präsidenten der Guaranty-nationalen Handelskammer, Kent von der Berkers-Tru-Company und den Präsidenten der Nationalbank Ward.

Der Poststomat im Reichstag.

Sitzung vom 28. April.
Präsident Löbe eröffnet um 13 Uhr die schwach besuchte Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehobenen Nachruf für den Abg. Gersterberger und die früheren Abg. Dr. Höfle, Dr. Baasche und Bräuer. Er teilt weiter mit, daß er dem Präsidenten der bulgarischen Sozialisten die Teilnahme des Reichstages aus Anlaß des Ablebens so vieler Parlamentarier bei dem lebendigen Attentat im Bulgarien übermittelt habe.

Der Präsident beglückwünscht dann unter allseitigem Beifall den

Alterspräsidenten Böck (Soz.), der seinen 80. Geburtstag feiert. Auf dem Worte Böck, der von Abgeordneten aller Parteien beglückwünscht wird, steht ein großer Strauß roter Rosen.

Der Eintritt in die Tagessitzung beantragt Abg. Reubauer (Komm.) die sofortige Befreiung des Urteils im Tscheka-Prozeß. Präsident Löbe stellt fest, daß nach der Geschäftsausordnung die Befreiung der erst eingereichten kommunistischen Untersezung unmöglich sei.

Der Reichstag sieht hierauf die

zweite Beratung des Reichshaushalts

für.

Reichsminister Stingl leitet die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums durch eine längere Darstellung des jetzigen Standes der Reichsverwaltung ein: Bei der Auflösung der Reichspost aus dem Allgemeinen Reichshaushalt betrug

die Schulden der Post an das Reich rund

60 Millionen Goldmark.

Geziemt befindet sich die Post in der Umstellung zu einem selbständigen, nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen zu leitenden Unternehmen. Der Briefverkehr hat im ganzen den Stand von 1913 noch nicht wieder voll erreicht, wohl aber der Paketverkehr. Die Einnahmen aus den Postgebühren sind seit 1920 auf 851 Millionen Reichsmark gesunken.

Der Post- und Landzustellungsdienst ist wieder möglichst den Bedürfnissen angepaßt. Unter

Zeit ih., auf dem Lande die einzige Wettbewerbsstellung nach allen Wohnhäusern durchzuhalten. Die Sonntagszustellung wird, solange Deutschland sich in einer Wirtschaftslage wie der gegenwärtigen befindet, aufrechterhalten müssen, wo sie noch besteht.

An sich betrachte ich es als erreichbar, die einzuräumen oder aufzuheben, um den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten und dem Personal weitere Sonntagszustellung zu ermöglichen. Um eine volkswirtschaftliche Sonntagszustellung kann es sich aber hierbei niemals handeln. Die Beförderung der Briefe und Pakete wird nach Möglichkeit verbessert; der Grundtag der Schnelligkeit, Pünktlichkeit und Sicherheit steht hier im Vordergrunde. Der Kraftwagenverkehr wird in den Städten und auf dem platten Lande immer mehr erweitert. Wo ein dringendes Bedürfnis vorliegt, richten wir die Feinerie an. Mit diesen Bestrebungen geht Hand in Hand

eine Vereinigung der Berwendungs- und Behandlungsdienstleistungen,

zum Beispiel für Drucksachen und im Zeitungsbereich. Der Postfachverkehr entwidelt sich weiter günstig, ebenso der Fernsprechverkehr. Die Automatisierung des Fernsprechwesens schreitet tüchtig vorwärts. In Berlin sollen zu den bereits vorhandenen zwei Schaltzentralen im laufenden Jahre noch weitere sechs hinzutreten. Die Umwandlung für das ganze Reichsgebiet wird in etwa fünfzehn Jahren vollendet sein.

Die Verlängerung der oberirdischen Leitungen und der Ausbau des Fernsprechwesens haben große Fortschritte gemacht. Für 1925 wird mit einer Einnahme aus dem Fernsprechverkehr in Höhe von

662 Millionen Reichsmark

gerechnet. Der Telegrammverkehr hat die Höhe der Kriegszeit noch nicht erreicht. Der unbedeutende Stand des Telegraphenverkehrs kommt dadurch zum Ausdruck, daß im Voranschlag 1925 gegenüber 1924 eine Mindereinnahme von rund 15 Millionen Reichsmark angelegt ist.

Der Auslandstelegraphen- und Fernsprechverkehr ist im allmählichen Wiederaufbau begriffen.

Über das Personal

es istrebe ich ausreichende Bezahlung, erträgliche Beförderungsverhältnisse, günstige Arbeitsbedingungen und endlich eine mögliche ausgedehnte soziale Fürsorge, so weit es im Rahmen des Gangen und im Hinblick auf die Wirtschaftssituation der Post möglich ist. Eine gewisse Zahl der abgebauten Beamten ist zu einer dauernden Wiedervertwendung vorgemerkt. Von den Schwerriegelsbeschädigten sind bereits 1300 Hilfschaffn. im unteren Dienst geworben. Wir müssen eine Personalkultur treiben, die vom Wirtschaftspunkt den größten Erfolg verspricht. Die von der Reichsregierung beschlossene Erleichterungen bezüglich des Arbeitsdienstes haben wir im Rahmen d. durch den Kabinettbesluß gezogenen wirtschaftlichen Grenzen durchgeführt. Wir wollen volle Ausnutzung der Arbeitskraft jedes Einzelnen, aber keine dem menschlichen Organismus schädliche Überanstrengung. Auf dem Gebiet der

sozialen Fürsorge wird das finanziell Mögliche geleistet. Zur Beschaffung von rund 2000 Wohnungen sind für 1925 18 Millionen Mark vorgesehen. Die Erholungsheime, Kinderfürsorge, Krankenkassen und Altenkassen unterstützen wir.

Das Rechnungsjahr 1924 wird mit mindestens 29 Millionen Mark Überschuss abschließen.

Der zu Rücksicht nimmt. Der Voranschlag für 1925 schließt im Grunde und Ausgabe mit 1742 Millionen Reichsmark ab. Dem Rücksichtsfonds sollen 43 Millionen zufallen. Im Vergleich zu 1924 ist die finanzielle Lage der Post 1925 etwas gespannter, in der Hauptroute, wo die Gebührenermäßigungen und Befreiungen verhindern sich 1925 im vollen Maßebeitrag auswirken. Um den Voranschlag für 1925 ins Gleichgewicht zu bringen, war es notwendig, alle Einnahmenrestos auszuholpen. Die Poststomat will einen Gewinn von 27 Millionen ab. Bei der Ausleistung von Postdienstleistungen können wir unter dem Reichsbandstandsfaktor nicht heruntergehen. Das

die allgemeine Bredigkäufe der Post im Jahre 1924 betrifft, so ist ja die Untersuchung noch in vollem Gange. Der Verwaltungsrat hat in einer besonderen Entscheidung festgestellt, daß kein Antrag vorliegt, an der Integrität und der Pflichttreue der Beamtenchaft des Reichspostministeriums irgend welche Zweifel zu hegen.

Ziel der Tarifpolitik ist, die Post, Telegrafen- und Fernsprechgebühren so niedrig zu halten, wie es die Wirtschaftsinteressen irgend erlauben. Die Gebührenermäßigungen von 1924 brachten und bringen große Einnahmeausfälle.

Leider ist bisher eine Trennung des allgemeinen Preisdienstes kaum zu erkennen.

Die Post hat also infolge der Gebührenermäßigungen geringere Einnahmen, auf der Ausgabenseite muß sie sich aber den steigenden Preisen anpassen. Ein solcher Zustand ist nicht der Dauer unerträglich.

Daraus folgt ganz zwangsläufig, daß eine weitere Ermäßigung der Gebühren für absehbare Zeit ausgeschlossen ist. Den gewöhnlichen Zehnpfennigbrief befördern wir, nach der Geldentwertung gemessen, tatsächlich für 6 Pf. Ob es überhaupt möglich sein wird, eine weitere Steigerung der Ausgaben mit den jetzigen Gebührenfaktoren auszugleichen, erscheint sehr zweifelhaft.

Gegen 1913 haben 1925 nach dem Voranschlag die Gesamteinnahmen zugemommen um 968 Proz., die Gesamtausgaben dagegen um 107,2 Proz. Bei den Einnahmen zeigt sich eine Verschiebung der einzelnen Einnahmen: 1913 entfielen von den Gesamteinnahmen 73,8 Proz. auf die Post, 20,2 Proz. auf das Fernsprechwesen, während 1925 auf die Post 49,9 Proz. entfallen, auf das Fernsprechwesen dagegen 31 Proz. Der Prozentsatz der Tele-

graphie ist ungeähr derselbe geblieben. 1913 betrugen die Personalausgaben 70,7 Proz. der Sachausgaben, 1925 63,7 und 36,3 Proz. Wir haben auch für 1925 in Aussicht genommen,

sämtliche Reaktionen aus den laufenden Betriebsnahmen zu befreien.

Wir sind und dabei bewußt, daß es finanziell richtig wäre, einen angemessenen Betrag der allgemeinen Anlagenvermehrung auf Anleihe zu nehmen. Zurzeit können wir das aber nicht verwirklichen, weil wir keine Möglichkeit sehen, eine Anleihe zu solchen Bedingungen anzunehmen, daß wir die Verzinsung und Tilgung tragen können. Weder für 1924 noch 1925 sieht der Haushalt eine Abgabe aus Überflüssen an das Reich vor. Erst wenn die Rücksicht zur Hälfte ausgefüllt ist, noch dem jetzigen Stand also auf 160 bis 170 Millionen, kommt nach der Haushaltsschluß eine Abholung an das Reich in Frage.

Nach Ablauf des Rechnungsjahrs 1925 wird der Rücklagefond insgesamt 86 bis 90 Mill. M. betragen.

Wir betrachten es als unsere selbstverständliche Aufgabe, ja als eine nationale Pflicht, das Reich möglichst bald in den Genuss von Postverträgen zu setzen. Wir haben aber Kulturaufgaben und volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Im Interesse der Volksgesellschaften wird wie untenstehende Weise mit durchzuschleppen. Das Reichspostminister hat die Postfinanzwirtschaft durchaus günstig beeinflußt. Bei unbefangen und rein sachlicher Beurteilung muß man in dem Schluß kommen, daß die Reichspost auf finanziell günstiger Grundlage beruht und besteht. Wie Ausgabe als öffentliches Nachrichten- und Verleihinstitut zum Wohle der deutschen Wirtschaft und des Volksgeiste zu erfüllen. Das Vorgehensverhältnis darf nicht überprägt werden. Auf einzelnen Postämtern macht sich der alte Kaiserstaat wieder bemerkbar. Warum sollen nicht auch wichtige Beamte an leitende Stellen kommen? Ja Lünenbach ist doch sogar eine Frau Leiterin des Kultusministeriums. Auch im mindestens technischen Dienst sind die Bevölkerungsverhältnisse sehr ungünstig. Der Redner macht schließlich noch auf einen Vorhang in Schlesien hing aufmerksam, wo ein Postbeamter bei der Bevölkerung des Reichspräsidenten Ebert diesen und die Republik bestimmt hat und sagt: Was ist gegen diesen Beamten geschehen? Wenn es sich um Hindenburg gehandelt hätte, dann wäre die Staatsanwaltschaft sofort eingedrungen. Das Ministerium kann das Vertrauen der Unteren Beamten nur dann gewinnen, wenn es ihnen in gleicher Weise entgegenkommt wie den höheren. Damit ist nicht nur der Postverwaltung, sondern der Allgemeinheit gedient. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Seppel (Soz.) verlangt, daß in der Belebung des Vorjahren im Verwaltungsrat der Reichspost eine Änderung vorgenommen werde. Es sei ein unmögliches Zustand, daß der Reichspostminister der Post eine hohe Postgebühr müsse dagegen protestieren, daß höhere Postbeamte

nicht höhere Preise zahlen lassen. Die Billigung der Rentenbeschleunigung ist lediglich den Bielpflegern zugute gekommen. Erfreulich ist die günstige Entwicklung und die vorbildliche Organisation des Funkwesens, die hervorragenden Leistungen des Staatssekretärs Biedow sind besonders anzuerkennen.

Ein Vortrag über die Kriegsschuldräge im Rundfunk gehalten worden. Auch die Rundfunkstunden aus dem Rundfunk verschwinden. Durch die Belohnung der Betriebsresultate wird die Motivation in der Bevölkerung nur noch mehr angeregt. Die Post muss bei der Reichspost mehr eingeschränkt werden, besonders bei den Postwagen und in den Schalterräumen.

Die allgemeine Regelung der Bezahlung der Beamten

der Post ist unabdingt geboten. Bedauerlich ist der Minderantrag für Unterstützungen. Wenn das Reich nicht das Notwendige in der Bezahlung leisten kann, dann müssen weniger die notwendigen Mittel zur Unterstützung der notleidenden Beamten bereitgestellt werden. Ebenso muß auf dem Gebiet des Wohnungswesens etwas ermöglicht werden. Die Dienstkleidung und die Abzeichen können auf das niedrigste Maß beschränkt werden. Dagegen wäre es wünschenswert, daß die fachliche Ausbildung größerer Mittel bereitgestellt werden. Der im vorigen Jahre erzielte Überschuss bei der Post und die Gewinnung des Postwagens

ist auf Kosten des Personals erzielt worden. Dem Personal muss noch besonderer Dank dafür ausgesprochen werden, daß es durch seine Opferwilligkeit die Belohnung des Postwagens gezeigt hat. Es habe sich bei der Post das Verfahren bewährt, einen erfahrenen Fachmann an die Spitze der Verwaltung zu stellen. Eine Verbesserung der Landbestellung ist wünschenswert. Außerdem sei das Betreiben zu unterstützen, dem Personal den Genuss der Sonntagszustellung zu ermöglichen, soweit es die Verkehrsbedürfnisse erlauben. Die Entwicklung des Rundfunks ist zu fördern, aber zur Reklame dürfte die Einschaltung nicht benutzt werden. Der Redner äußerte das Vertrauen zu dem Minister, daß er mit dem Postbeamten ein harmonisches Verhältnis herstellen und den guten Ruf der Reichspost erhalten und mehren werde.

Abg. Alletzke (D. Wp.) bringt Beschwerden der Beamtenwelt beklagt werden, ist schnell noch ein Schätzungsversuch vorgenommen worden. Wenn Ratz gewählt worden wäre, dann hätte man wahrscheinlich einen Tausender mark gespielt. Natürlich in jedem Fall

hat und sagt: Was ist gegen diesen Beamten geschehen? Wenn es sich um Hindenburg gehandelt hätte, dann wäre die Staatsanwaltschaft sofort eingedrungen. Das Ministerium kann das Vertrauen der Unteren Beamten nur dann gewinnen, wenn es ihnen in gleicher Weise entgegenkommt wie den höheren. Damit ist nicht nur der Postverwaltung, sondern der Allgemeinheit gedient. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Rötter (D. Wp.) begrüßt die Ausführungen des Ministers, die ein erfreuliches Bild des Wiederaufbaus gezeigt haben. Es habe sich bei der Post das Verfahren bewährt, einen erfahrenen Fachmann an die Spitze der Verwaltung zu stellen. Eine Verbesserung der Landbestellung ist wünschenswert. Außerdem sei das Betreiben zu unterstützen, dem Personal den Genuss der Sonntagszustellung zu ermöglichen, soweit es die Verkehrsbedürfnisse erlauben. Die Entwicklung des Rundfunks ist zu fördern, aber zur Reklame dürfte die Einschaltung nicht benutzt werden. Der Redner äußerte das Vertrauen zu dem Minister, daß er mit dem Postbeamten ein harmonisches Verhältnis herstellen und den guten Ruf der Reichspost erhalten und mehren werde.

Abg. Morath (D. Wp.) wünscht eine Verstärkung des Einflusses des Reichstages im Verwaltungsrat der Reichspost. Der erste Vorsitzende Opfer der Beamtenchaft erreicht nicht verschließen. Die Sonntagszustellung darf nicht verschlechtert werden. Die Briefkästen sollten nicht durch geschmacklose Reklame verzerrt werden. Die Post hat, wie schon Friedrich

die Große sagte, in erster Linie die Aufgabe, wirtschaftlich zu werden. (Ernst Wahl bei den Soz.)

Der Redner gibt dann scharfe Kritik an der Verkürzung über die Arbeitszeitsteilung und die Urlaubsfestsetzung.

Diese Verkürzung nimmt ganz den Geist der allgemeinen Verhältnisse, der nicht wieder in die Postverwaltung eingeht. Die Fernsprechstellen sind in Deutschland unterhaltsmäßig höher als in anderen Ländern.

Der deutsche Fernsprechtarif ist heute das bis

sehr viel zu hoch als vor dem Kriege. Eine weitere Einschränkung der Sonntagszustellung darf abgelehnt werden. Die Post darf, wie schon Friedrich

Stephan gewiesen hat.

Abg. Lüdtke (Wirtsh. Bdg.) wünscht technische Verbesserungen im Post- und Telegraphenwesen. Die Automatisierung des Fernsprechwesens muß mehr gefördert werden. Die Fernsprechgebühren sind in Deutschland unterhaltsmäßig höher als in anderen Ländern.

Der deutsche Fernsprechtarif ist heute das bis

sehr viel zu hoch als vor dem Kriege. Eine weitere Einschränkung der Sonntagszustellung darf abgelehnt werden. Die Post darf, wie schon Friedrich

Stephan gewiesen hat.

Die Weiterberatung wird am Mittwoch verlaufen.